

POLITISCHER BERICHT TÜRKEI

ÜBERSICHT

- **Gelassene Reaktion auf den EU-Fortschrittsbericht in der Türkei**
- **Parteitag der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP)**
- **Die Türkei trauert um Ex-Premier Bülent Ecevit**
- **Info-Mail**

Gelassene Reaktion auf den EU-Fortschrittsbericht in der Türkei

Ungewohnt emotionslos reagierten türkische Medien und die öffentliche Meinung auf den diesjährigen EU-Fortschrittsbericht vom 08. November 2006. Fast so, als ob der spürbare Rückgang der EU-Euphorie im Lande nun auch auf die Medien übergegangen wäre. Gleichwohl war dies der erste Bericht nach dem Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen und mit 75 Seiten nur halb so umfangreich wie der des vergangenen Jahres. Die Kritik und das schlechte „Zeugnis“ waren in dieser Form erwartet worden. Allenthalben schwebte aber die „Zypernfrage“ wie ein Damoklesschwert über der gesamten künftigen Entwicklung und durch den einmonatigen Aufschub habe man der Türkei eine „gelbe Karte“ (Vatan) gezeigt, wobei das „Nachbeben“ (Vatan) kaum abwendbar scheint.

Die Türkei weigert sich nach wie vor das Ankara-Protokoll auf Zypern auszuweiten und türkische Häfen und Flughäfen für zypriotische Schiffe und Flugzeuge zu öffnen. Zuvor müsse die EU ihr Versprechen einlösen, die Isolation Nordzyperns zu lockern, so die offizielle türkische Position. Nun wurde der Türkei eine „Gnadenfrist“ eingeräumt, indem erst zum EU-Ratsgipfel am 14./15. Dezember 2006 über die Konsequenzen für den Beitrittsprozess entschieden wird. Vielleicht, so hofft man von Seiten der EU, kann die Türkei doch noch zur Annahme des als „finnischer Plan“ betitelten Kompromissvorschlages gedrängt werden. Ein türkisches Nachgeben bei der Zypernfrage ist jedoch unwahrscheinlich, wie auch die Äußerungen von Regierungsvertretern zeigen, es sei denn, der EU-Kompromissvorschlag würde in wesentlichen Punkten nachgebessert. Der vorliegende finnische Vorschlag stieß von Anfang an auf Ablehnung, weil er aus Sicht der Türkei und Nordzypern keine ausreichenden Verbesserungen und

Neuerungen enthalten hatte. Zurückhaltung gegenüber dem Plan war allerdings auch auf griechisch-zypriotischer Seite zu vermerken.

Ein Einlenken Ankaras unter diesen Voraussetzungen würde in der Türkei als Kniefall vor der EU und insbesondere der Republik Zypern empfunden werden. Der politische Flurschaden für die Regierungspartei AKP vor dem kommenden Superwahljahr 2007 würde zu groß sein, als dass man zum jetzigen Zeitpunkt einen solchen Schritt wagen könnte, so der Tenor der Berichterstattung. Die Stimmen derjenigen, die ein ‚worst case‘ Szenario mit dem Aussetzen der EU-Verhandlungen in einigen Kapiteln erwarten, nehmen zu. Einige Strategen in der Türkei halten es für möglich, dass man bis zu den Parlamentswahlen 2007 partiell mit der EU weiter verhandelt. Nach der Wiederwahl der AKP im Spätherbst würde die Regierung dann wieder Gas geben und beim Thema Zypern dann mit weit größerem Handlungsspielraum erforderliche Schritte einleiten können.

Im Mittelpunkt der EU-Schelte standen des weiteren fehlende Fortschritte bei der Religions- und Meinungsfreiheit, weiter existente Probleme bei den Menschenrechten, die unbefriedigende Situation von Frauen und Gewerkschaften sowie die nicht vorhandene zivile Kontrolle über die Streitkräfte. Die Kritik in diesen Punkten wird von den meisten türkischen Medien ernst genommen. Die öffentliche Meinung fordert die türkische Politik in diesen Punkten auch zu kurzfristigen Nachbesserungen. So hat die Regierung mehrere türkische NGO's dazu aufgefordert, Vorschläge zur Reform des von der EU kritisierten Artikels 301 (Herabwürdigung des Türkischtums) des Strafgesetzbuches zu unterbreiten. Ebenso sind Nachbesserungen beim Stiftungsgesetz und anderen Gesetzgebungen im Gespräch. Anders als in der Zypernfrage besteht bei all diesen Reformvorhaben jedoch kein so enges Zeitlimit.

Die türkische Öffentlichkeit nahm die Kritik der EU sehr gelassen, ja fast gleichgültig auf. Die Unterstützung der türkischen Bevölkerung für einen EU-Beitritt des Landes ist in den letzten Monaten merklich zurückgegangen, laut einigen Umfragen mittlerweile bis weit unter 50%. Bisher hatte man für diese Entwicklung Gründe, wie die positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes und das Aufkommen nationalistischer Tendenzen und Emotionen, verantwortlich gemacht. Mittlerweile kann man bei politischen Meinungsführern, Journalisten und Experten einen ausgeprägten Paradigmenwechsel beobachten. Wurde bisweilen argumentiert, für eine positive Entwicklung in der Türkei sei die Aufrechterhaltung der EU-Perspektive eine notwendige Voraussetzung, so vertreten einige nun eine genau entgegengesetzte Argumentation. Es sei die EU, die die Türkei für ihre eigene künftige Entwicklung benötige. Das wirtschaftspolitische Prosperitätsargument „Die Türkei ist für die EU kein Risiko, sondern Viagra“ (Milliyet) wird von diesen Protagonisten nun auch auf gesellschafts- und sicherheitspolitische Themenbereiche ausgeweitet.

Einen interessanten Vorschlag unterbreiteten sechs ehemalige türkische Außenminister (Mümtaz Soysal, Murat Karayalçın, Emre Gönensay, Şükrü Sina Gürel, Mesut Yılmaz und İlter Türkmen) in einer politischen Fernsehsendung. Die Politiker bezeichneten eine Verhandlungspause aus Sicht beider Seiten als die beste Lösung. Am konkretesten wurde Murat Karayalçın, der einen Abbruch der Verhandlungen zwischen EU und der Türkei oder das Zurückziehen des EU-Beitrittsantrags nicht als Ende der Welt bezeichnet. Ferner sei eine solche Entwicklung ja auch eine Chance für diejenigen Europäer, die der Türkei von vorneherein einen anderen Status anbieten wollten, so Karayalçın weiter.

Der für die EU-Verhandlungen verantwortliche Chefunterhändler und Staatsminister Ali Babacan hingegen unterstellte den sechs Politikern, dass sie nicht wüssten, wovon sie redeten. Bei der Zypernfrage machte er nochmals deutlich, dass niemand von der Türkei ein einseitiges Einlenken erwarten dürfe. Hier wiederholte er die Worte des Ministerpräsidenten und seines Außenministers. Die AKP-Regierung zweifelt im Gegensatz zu den oben genannten Politikern nicht an der Bedeutung der EU-Mitgliedschaft für die Türkei. Ein Aussetzen oder gar ein Abbruch der Verhandlungen könne für die AKP keine Alternative sein. Die nächsten Wochen und Monate werden spannend.

Parteitag der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei AKP

Zu ihrem zweiten ordentlichen Parteitag lud die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) am Samstag den 11. November 2006 in eine Ankaraer Sporthalle. In Ankara waren an allen Litfasssäulen und Werbeflächen schon Tage zuvor Plakate geklebt, mit dem Konterfei des Ministerpräsidenten und der Aussage: „**Hier ist die Partei der Türkei und hier ist der Führer der Türkei**“. Mit dieser plakativen Aussage lässt sich letztlich der Charakter des Parteitages beschreiben. Wiederholt kam es zu einer Machtdemonstration des charismatischen Tayyip Erdoğan, der mit 1.330 von 1.332 gültigen Delegiertenstimmen ohne Gegenkandidaten als Vorsitzender im Amt bestätigt wurde. 126 Delegierte hatten ihre Stimme nicht abgegeben.

Innerparteiliche Opposition betrieb alleinig der AKP-Abgeordnete Ersönmez Yarbay, der einerseits die Änderung des Parteistatuts kritisierte, indem jemand, der für das Amt des Parteivorsitzenden kandidieren möchte, mindestens 1/5 aller Delegiertenunterschriften benötigt. Andererseits rügte er den Neubau der Parteizentrale. Er wurde prompt vom Stellv. AKP-Vorsitzenden Dengir Mir Mehmet Fırat in seiner Rede zurechtgewiesen, dass es nicht sein könne, dass Abgeordnete gegen Fraktionsentscheidungen öffentlich in den Medien opponierten. Eine angenommene Änderung des Artikels 13 in den Parteistatuten sieht nun vor, dass solche Abgeordnete künftig mit einem vorübergehenden Parteiausschluss „bestraft“ werden können.

Über den Parteitag wurde zwar auch live in türkischen Nachrichtensendern berichtet, jedoch nicht so ausführlich wie noch vor drei Jahren. Ferner galt das mediale Interesse am Samstag ganz eindeutig der Beisetzung Bülent Ecevit's. Auch die Aufmacher türkischer Tageszeitungen an den folgenden Tagen waren überwiegend Bülent Ecevit gewidmet und die AKP fiel auf die hinteren Seiten zurück.

Vor dem Parteitag wurde in den türkischen Medien spekuliert, welche Neuerungen oder Überraschungen denn zu erwarten seien. Für alle politischen Beobachter haben sich die Erwartungen erfüllt, dass dieser Parteitag die Weichen für das Superwahljahr 2007 stellen sollte. In den 50-köpfigen Parteivorstand wurden 14 neue Mitglieder gewählt. Unter denen, die nicht mehr im Parteivorstand vertreten sind, ist die bekannteste, die Familienministerin Nimet Çubukçu. Zwölf der Vorstandsmitglieder sind Frauen und türkische Medien berichten besonders detailliert, dass es nun sieben ohne und „nur“ noch fünf mit Kopftuch seien. Hinter dieser Kandidatenkür ist wahltaktisches Kalkül zu vermuten, da man Personen in den Vorstand gewählt habe, die aktiver und aggressiver bei Wahlen und dem Wahlkampf seien, wie aus dem Partei Umfeld berichtet wird.

Auch wenn auf die Gretchenfrage keine eindeutige Antwort gefunden werden konnte, so bewerten sehr viele türkische Beobachter Vorkommnisse auf dem Parteikongress als klare Zeichen dafür, dass sich Tayyip Erdoğan entschieden habe, für das Amt des Staatspräsidenten im Mai 2007 zu kandidieren. Die Änderung des Artikels 13 des Statuts mit der Verschärfung der Auflagen für eine Kandidatur des Parteivorsitzes, bewerten viele politische Kommentatoren als Indiz in diese Richtung. Erdoğan wolle seinem „Nachfolger“ Abdullah Gül damit das Geschäft einfacher gestalten, so der Tenor. Ferner seien Vertraute Güls im Vorstand verblieben und die Neuen ebenfalls mit Gül abgestimmt. Der türkische Ministerpräsident wird sich in dieser Frage sicherlich erst in einigen Monaten äußern, aber die Vorzeichen mehren sich zusehends, zumal er zwei Tage vor dem Parteikongress eine Aussage machte, dass der Erfolg seiner Partei nicht alleine an seine Person gebunden sei.

Ministerpräsident Tayyip Erdoğan selbst erschien erst um 14:00 Uhr, vier Stunden nach Beginn des Parteitages, da er auch an den Beisetzungsfeierlichkeiten für Ex-Ministerpräsidenten Bülent Ecevit teilnahm. Bis zu jenem Zeitpunkt hatten schon einige ausländische Gäste und Beobachter den Ort des Geschehens wieder verlassen und die Heimreise antreten müssen. Die Grußworte des britischen Premierministers und der deutschen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel fanden auch ein Echo in der türkischen Berichterstattung über diesen Parteitag.

Die Türkei trauert um Ex-Premier Bülent Ecevit

„Wir haben Ecevit verloren“ (Cumhuriyet), „Auf Wiedersehen Schwarzer Junge“ (Vatan), „Die weiße Taube ist in die Lüfte geflogen“ (Star), „Die Türkei trauert“ (Radikal), so und ähnlich titelten die türkischen Tageszeitungen am Montag (06.11) und Dienstag (07.11), nachdem Bülent Ecevit mit 81 Jahren am Sonntag, den 05. November 2006 am späten Abend in einem Ankaraer Militärkrankenhaus verstorben war. Im Mai diesen Jahres besuchte er gegen den Rat seiner Ärzte die Beerdigungsfeierlichkeiten für den ermordeten Richter Mustafa Yücel Özbilgin des türkischen Kassationsgerichtshofes. Ecevit wurde damals von der Menge frenetisch bejubelt, während Minister der Regierung Erdoğan ausgebuht und gar bedrängt wurden. Am selben Abend wurde Bülent Ecevit mit Hirnblutungen als Folge der körperlichen Anstrengung in ein Krankenhaus eingeliefert. Nach einer stundenlangen Operation fiel er ins Koma, aus dem er nicht mehr aufwachte. Mit seinem Tod geht eine politische Ära zu Ende. Die türkische Öffentlichkeit trauert seit Tagen und die Medien überschlagen sich mit Nachrufen und Sonderberichten. Bei der Beisetzung säumten zehntausende Menschen die Strassen. Mit Bülent Ecevit verliert die Türkei einen großen Staatsmann und Politiker.

Über ein halbes Jahrhundert prägte er die türkische Politik. 1957 wurde er als 32-jähriger zum ersten Mal ins Parlament gewählt und 1961 wurde er mit 36 Jahren Minister für Arbeit und Soziale Sicherheit in der Regierung Ismet İnönüs. Bülent Ecevit bekleidete über vierzig Jahre insgesamt fünfmal das Amt des türkischen Ministerpräsidenten. Neben diesen Höhen erlebte er als Politiker aber auch viele Tiefen. Drei mal wurde seine politische Karriere unterbrochen durch die Putsche des Militärs und beim letzten Putsch 1980 wurde er für Jahre mit einem Politikverbot belegt. Vielleicht waren auch diese Entwicklungen ausschlaggebend, dass er nie das Präsidentenamt bekleiden konnte.

Trotz dieser Rückschläge steht der Name Bülent Ecevit für einige wichtige politische Entwicklungen in der Türkei. 1974 war er Ministerpräsident als türkische Truppen im Norden Zyperns einmarschierten. Heute noch wird er von vielen Nordzyprioten als Held gefeiert und einige bezeichnen ihn als Atatürk Nordzyperns. Dass der Einmarsch türkischer Truppen vom Rest der Welt genau gegenteilig gesehen wird und heute ein Stolperstein für die Türkei auf dem Weg zur EU darstellt, bestärkt in gewisser Weise die Dramatik um die Person Bülent Ecevit. 1999 konnte er als Regierungschef die Festnahme des PKK-Chefs Abdullah Öcalan verkünden. Im gleichen Jahr war er live in allen türkischen Fernsehsendern zu sehen, als er bei der Vereidigungszeremonie im türkischen Parlament mit ungewohnt erregter Stimme, die Abgeordnete der Tugendpartei (Fazilet Partisi) Merve Kavakçı des Parlaments verwies, weil sie provokativ mit Kopftuch erschienen war. Noch heute erinnern sich viele an die bedeutungsvollen Worte, dass sich niemand in der Türkei einmische, wenn eine Frau im Privatleben das Kopftuch trage. Das Parlament sei jedoch nicht der Ort, den Staat herauszufordern und man solle die Dame bitte zurechtweisen. Ferner reiste er als Ministerpräsident Ende 1998 nach Helsinki als auf dem EU-Gipfel der Kandidatenstatus der Türkei bestätigt wurde. Auch dies eine interessante Wendung im politischen Leben des Bülent Ecevit, da er 1974 auf das Angebot einer möglichen Mitgliedschaft der Türkei in der damaligen EG gemeinsam mit Griechenland, Spanien und Portugal ablehnend reagiert hatte.

Ferner bleibt als herauszuhebendes Ereignis auch die Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates vom 19. Februar 2001 in Erinnerung, bei der Staatspräsident Sezer vor Ministerpräsident Ecevit die türkische Verfassung auf den Tisch geschleudert haben soll. Der Disput, dessen auslösender Grund noch immer nicht bekannt ist, endete, indem Ecevit nach der Sitzung dieses Vorkommnis der türkischen Presse mitteilte und die dadurch drohende Staatskrise einer Wirtschaftskrise ungeahnten Ausmaßes den Weg ebnete. Dies war gleichzeitig der Anfang vom Ende der Dreierkoalition zwischen Ecevits Demokratischer Linkspartei (DSP), der Nationalistischen Bewegungspartei (MHP) Devlet Bahçelis und der Mutterlandspartei (ANAP) von Mesut Yılmaz. Zwar berief Ecevit Kemal Derviş in sein Kabinett, damit der erfahrene Ökonom mit Weltbankerfahrung die türkische Wirtschaft wieder ordnete. Die Früchte dieser Entscheidung erntete aber die AKP, die das Wirtschaftsprogramm bis heute in ihren Grundzügen fortführt. Am 3. November 2002 erlitt die DSP Ecevits dann mit 1,2 % der abgegebenen Stimmen ihr politisches Waterloo und blieb deutlich unter der 10% Hürde und damit außerhalb des Parlaments. Die Marginalisierung der DSP führte wohl auch dazu, dass Ecevit im Jahr 2004 den Vorsitz abgab, wobei auch gesundheitliche Gründe hier mit eine Rolle spielten.

Im Ausland weniger bekannt ist das Image Bülent Ecevits in der Türkei. Er war der Typ Politiker, der nie seine demokratischen Grundüberzeugungen preis gab und persönliche Interessen nie in den Mittelpunkt seines politischen Wirkens stellte. Ecevit wurde Karaoğlan (der schwarze Junge) gerufen und als Arbeitsminister sorgte er für Verbesserungen des Gewerkschaftsrechts, wie der Einführung des Streikrechts. Eng verbunden war sein politisches Schicksal mit der Republikanischen Volkspartei (CHP) Mustafa Kemal Atatürks. Jedoch führten Richtungskämpfe innerhalb der türkischen Linken dazu, dass er später mit der Demokratischen Linkspartei eine eigene, nach seinen Vorstellungen sozialdemokratisch gefärbte Partei gründete. Mehr als seine engste Vertraute war über 60 Jahre seine Frau Rahşan Ecevit. Parteifreunde wissen nur zu genau zu berichten, dass der Weg einer Kandidatur oftmals über die Gattin Ecevit lief. Bülent Ecevit soll vor einigen Jahren ausgesagt haben, dass er sich nicht vor dem Tod fürchte, aber vor einer Trennung von seiner geliebten Lebenspartnerin.

Mit Bülent Ecevit hat einer der letzten großen türkischen Politiker der „alten Garde“ die Bühne verlassen und mit ihm auch ein Kind der Türkischen Republik. 1925, zwei Jahre nach der Gründung der Republik, geboren, hat er den Staatsgründer Atatürk und insbesondere den „zweiten Mann“ Ismet İnönü aus der CHP-Parteiarbeit sehr nahe erlebt und gekannt.

Die Beisetzung fand - für die islamische Tradition sehr ungewöhnlich - fast eine Woche nach seinem Ableben statt. Normalerweise werden Verstorbene innerhalb eines Tages begraben, damit ihre Seele umgehend Ruhe finden kann. Raḥşan Ecevit setzte dies gegen den Willen einiger durch, damit am Samstag auch Beamte und Staatsdiener der Beisetzung beiwohnen konnten. Einige politische Beobachter warnten vor möglichen Provokationen und politischen Kundgebungen. Dazu kam es letztlich nicht, aber in der öffentlichen Wahrnehmung nahm die Beisetzung Ecevits eine größere Bedeutung ein als der zweite AKP-Parteitag.

Bülent Ecevit wurde auf dem Staatsfriedhof beim Atatürk-Mausoleum beigesetzt. Der Staatsfriedhof wurde 1988 fertig gestellt und dort befinden sich die Grabstätten der drei Staatspräsidenten Cemal Gürsel, Cevdet Sunay und Fahri Korutürk mit Militärvergangenheit und von hohen Offizieren, die als Waffengefährten Atatürks im türkischen Unabhängigkeitskrieg Berühmtheit erlangten. Ecevit ist somit der erste Ministerpräsident und Zivilist, der dort begraben wurde. Möglich machte dies letztlich ein durch die AKP in das Parlament eingebrachter Schnellerlass. Ohne Kritik blieb diese Entscheidung jedoch nicht. So äußerte der Parteivorsitzende der Demokratischen Türkei (DTP) seine Bedenken, weil dieser Friedhof Relikt des letzten Militärregimes sei und Ecevit eher in seiner Heimat Zonguldak oder auf dem Gebiet Nordzyperns seine letzte Ruhestätte finden sollte. Im Gedächtnis bleiben wird vielen, dass Raḥşan Ecevit die fast acht Kilometer von der Kocatepe-Moschee bis zum Staatsfriedhof auf dem Atatürk-Mausoleumshügel hinter dem aufgebahrten Sarg ihres Mannes zu Fuß zurücklegte.

Info-Mail

Ab dem 05. Oktober 2006 gilt eine neue Rechtsgrundlage für Kriegsdienstverweigerer und Fahnenflüchtige. Bisher wurden solche Fälle vor den Militärgerichten verhandelt und konnten mit Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu drei Jahren geahndet werden. Nun sind türkische Zivilgerichte mit der Verhandlung dieser Fälle betraut. Einerseits kommt es zur Entflechtung von Militär und Zivilgesellschaft und andererseits erhofft man sich davon eine Entlastung der Militärgerichte, weil über 50% der Verfahren vor diesen Gerichten solche Fälle sind. +++ Die viel diskutierte Privatisierung des türkischen Energiemarktes soll mit der Privatisierung von 20 Stromverteilregionen eingeläutet werden. Die an die Staatskanzlei gekoppelte Privatisierungsbehörde (ÖİB) hat gemeinsam mit dem türkischen Stromverteiler TEDAŞ im Vorfeld eine Untersuchung zum Stromverlust veröffentlicht. Demnach würden landesweit 17,8 % des gesamten in das Netz eingespeisten Stroms entweder illegal abgeleitet oder verloren gehen. In der Verteilerregion Dicle (Tigris) mit den Provinzen Diyarbakır, Mardin, Siirt, Şanlıurfa, Batman und Şırnak im Südosten des Landes würden 64,3% des gesamten Stroms illegal aus dem Netz abgezweigt. Den geringsten „Verlust“ habe man in der Region Osmangazi (Provinzen Afyon, Bilecik, Eskişehir, Kütahya und Uşak) zu verzeichnen. +++ Das türkische Amt für Statistik (TÜİK) hat eine Untersuchung zu den Ausgaben der türkischen

Haushalte im Jahr 2005 veröffentlicht. Die monatlichen Ausgaben hätten im Vergleich zum Jahr 2004 um 22,7% zugenommen. Bei den Ausgabenarten liegen mit 25,9% Kosten für Immobilien und Miete knapp vor Lebensmittel mit 24,9%. Für die Bildung (1,9%) und die Gesundheit (2,2%) würden durchschnittlich sehr geringe Ausgaben getätigt. Dies liege nach Aussagen der Statistiker aber nicht an den Präferenzen, sondern an dem sehr begrenzten Budget der türkischen Haushalte, die dafür fast nichts mehr übrig hätten. +++ Die pro-kurdische Demokratische Gesellschaftspartei (DTP) trat am 11. September vor die Presse und rief die PKK zu einem Waffenstillstand auf. Der Parteivorsitzende Ahmet Türk, der Oberbürgermeister der Stadt Diyarbakır Osman Baydemir und die Bürgermeisterin der Stadt Tunceli Songül Abdil erläuterten, dass die freiheitliche und auf Gleichheit fußende Türkisch-Kurdische Einheit aufgrund der Provokationen nationalistischer und chauvinistischer Kräfte in Gefahr stünde. Man habe, so der Vorsitzende Türk, Zeichen der Basis gedeutet, die klare Erwartungen nach Waffenstillstand hegten. Man glaube daran, dass dieser Aufruf auf positive Resonanz bei der PKK stoße. Die PKK hat mittlerweile einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen. +++ 56 Bürgermeister aus Südost- und Ostanatolien sind in Diyarbakır mit einer Klage auf „Unterstützung einer Terrororganisation“ konfrontiert. Die Lokalpolitiker hatten im Dezember vergangenen Jahres einen gemeinsamen Brief an den dänischen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen mit der Bitte gesandt, Dänemark möge den kurdischsprachigen Fernsehsender Roj TV nicht verbieten, der aus Dänemark sendet. Ministerpräsident Erdoğan hatte eine gemeinsame Pressekonferenz mit seinem dänischen Amtskollegen verlassen, nachdem er Journalisten dieses Senders ausmachte. Die Türkei fordert eine Schließung des Senders, weil er nach Meinung von türkischen Sicherheitsexperten PKK-Propaganda betreibe. Die Bürgermeister sehen in diesem Fernsehkanal jedoch ein wichtiges Instrument der Demokratisierung. +++ Der türkische Kassationsgerichtshof (Yargıtay) hat in einer Routineuntersuchung der Mitgliederregister der Republikanischen Volkspartei (CHP) erhebliche Abweichungen festgestellt. Die CHP könne landesweit auf 580.000 eingetragene Mitglieder verweisen. Jedoch hatte man festgestellt, dass 7.000 Mitglieder schon verstorben und ca. 45.000 mittlerweile in anderen Parteien eine Mitgliedschaft beantragt hatten. Türkische Parteien und ihre Mitglieder sind ein Thema, weil viele Parteien die schlecht ausgeprägte Zahlungsmoral ihrer Mitglieder beklagen. Es bestehen ferner ausgesprochene Missstände zwischen Mitgliederlisten und Wahlverhalten. So hatte die ANAP (Mutterlandspartei) vor der letzten Wahl 2002 nach eigenen Angaben ca. 3 Mio. Parteimitglieder. Bei einer Wahlbeteiligung von 79% wie damals hätten die Stimmen aller Parteimitglieder ausgereicht, um über die 10% Hürde zu kommen. Die Mutterlandspartei kam aber gerade einmal auf 4,5% der Stimmen +++ Der Istanbuler Abgeordnete Mehmet Emin Şirin ist der nationalistischen Genç Partisi (Jugendpartei) des streitbaren Unternehmers Cem Uzan beigetreten. Damit hat Şirin, der im November 2002 als AKP-Abgeordneter in die Große Türkische Nationalversammlung einzog, in den letzten vier Jahren das dritte Mal seine Partei gewechselt. Nach 10 Monaten trat er aus der AKP aufgrund von Meinungsverschiedenheiten aus. Im Dezember 2003 trat er dann der „Liberal Demokratischen Partei“ bei und wurde dort als Parteivorsitzender bestätigt. Nach drei Monaten trat er auch aus dieser Partei aus, weil er nicht seine politischen Ideen durchsetzen konnte. Im Jahr 2005 trat er dann schließlich der „neuen“ ANAVATAN (Mutterlandspartei) Erkan Mumcus bei, wo er auch zum Stellv. Parteivorsitzenden aufstieg. Kurz danach verließ er aber auch diese Partei. Zugegebenermaßen ist dies ein extremes Beispiel, jedoch kommen Parteiüber- und austritte von Abgeordneten auch während der Legislaturperioden in der Türkei sehr oft vor. ++++ Trotz politischer Reformen in der Türkei, mit denen das Land umfangreich umgestaltet werden soll, halten sich Vorurteile oder althergebrachte Verhaltensmuster

hartnäckig. So wurden schon vor sechs Jahren in allen 81 türkischen Provinzen und 850 Bezirken „Menschenrechtsräte“ eingerichtet. Diese Institutionen sollten die Menschen ermutigen, Verstöße gegen Menschenrechte zu melden. Im vergangenen Jahr sind insgesamt in allen diesen Räten jedoch nur 377 Beschwerden eingegangen und die meisten davon betreffen auch Themen wie Umweltverschmutzung etc. Die Provinz Diyarbakır verzeichnet bisher in diesem Jahr 21 Beschwerden, wobei im Vergleich dazu beim türkischen Menschenrechtsverein in Diyarbakır bisher über 1.000 Beschwerden eingingen. Dies zeigt das sehr schwache Vertrauen der Menschen in staatliche Institutionen in diesem Bereich. +++

Ankara, den 15. November 2006

Jan Senkyr/ Dirk Tröndle